

Rechtsextremismus in Sachsen

I. Wie treten Rechtsextremisten auf?

Das Auftreten der Rechtsextremisten unterscheidet sich natürlich in den verschiedenen Ebenen und je nach der Frage, wer wo organisiert ist.

Zu unterscheiden sind: Die NPD, sonstige rechte Parteien, die Kameradschaften (mit ambivalentem oder wechselhaften Verhältnis zur NPD) und die kaum oder nur locker organisierte rechtsextremistische Skinheadszene.

Wichtigste Organisation bleibt die NPD mit ca. 1.000 (wahrscheinlich inzwischen mehr) Mitgliedern.

Hier sind mehrere Ebenen zu beachten:

- die parlamentarische Ebene
- die Kreisverbände oder „Basis“
- die Jungen Nationaldemokraten (JN)

Im **Landtag** präsentiert die NPD sich als Fundamentalopposition mit populistischen Elementen. Die Initiativen sind stark ideologisch geprägt, allerdings wird versucht, die ideologischen Ansätze ins Populistische zu wenden – so werden z.B. bevölkerungspolitische Maßnahmen (ideologischer Hintergrund: Furcht vor Aussterben, „Bevölkerungsaustausch“ Überfremdungsfiktion) als Sozialpolitik verkauft (irreales Versprechen finanzieller Segnungen wie „Müttergeld“ inkl. positive Bezugnahmen auf DDR usw.).¹

Die Vorstellung, dass die NPD „neue“ (oder „neurechte“) ideologische Muster entwickelt hätte, erweist sich im Landtag als falsch: Tatsächlich lassen sich ihre Aussagen auf uralte rechtsextreme Denkfiguren zurückführen.² „Neu“ ist lediglich der Versuch einer verhältnismäßig „populären“ Darstellung – allerdings gelingt dies nur sehr bedingt: In europapolitischen Initiativen versucht die NPD zwar, gängige EU-feindliche Klischees zu bedienen, kann aber auf schwer nachvollziehbare Verschwörungstheorien nicht verzichten.

Für den Landtag gilt wie für alle Ebenen, dass bei der NPD vieles von einzelnen Akteuren (kaum Akteurinnen) abhängt. Durch den Tod des recht schlagfertigen, charismatischen und of geschickt agierenden Uwe Leichsenring hat die Parlamentsarbeit der NPD sehr an Dynamik verloren. Außerdem war Leichsenring aufgrund seiner Kontakte zur Kameradschaftsszene wichtig. Letzteres gilt auch für den wegen seines „Finanzgebarens“ aus der Fraktion ausgeschlossenen Hitler-Verehrer Klaus-Jürgen Menzel. Das jetzige Personaltableau der Fraktion relativiert die Vorstellung, dass die NPD auf viele gut geschulte Kader zurückgreifen könne, erheblich.

Die NPD-Fraktion ist beim Versuch einer Intellektualisierung der rechten Szene (Stichwort „Dresdner Schule“) offenbar gescheitert. Sie schafft es auch nur ansatzweise, ihre politischen Botschaften in die Breite zu vermitteln. Ihre Themen finden sich kaum in der Arbeit der Kreisverbände wieder. Zwar sichert die Fraktion den Lebensunterhalt etlicher NPD-Kader, aber das Bild der Fraktion als politisches Zentrum ist schief: Die Kader machen ihre Parteiarbeit, halten z.B. Vorträge (z.B. über „raumorientierte Wirtschaftspolitik“ oder zeithistorische Themen) usw., aber diese Arbeit ist keine Umsetzung von parlamentarischen Themen, sondern der übliche Nazikram, den man schon zu außerparlamentarischen Zeiten gemacht hat.

Es ist auch zu beachten, dass die NPD-Abgeordneten kaum reale Bürgerbüros haben – neben den Bürgerbüros von Gitta Schüßler und Johannes Müller gibt es noch

¹ Vgl. Teil III unseres Workshops – siehe Reader (Vorabdruck – ist als Buch z. Zt. im Druck).

² Vgl. Beitrag von Michael Kohlstruck im Reader, S. 39-46.

die von Holger Apfel und Jürgen Gansel, aber die sind in der Dresdner Parteizentrale bzw. auf dem Gelände der „Deutschen Stimme“ versteckt. NPD-Ankündigungen, Interessierte mit „Hartz-IV-Beratungen“ in die Bürgerbüros zu locken, sollten daher nicht überschätzt werden – vielleicht ist die Situation in Mecklenburg-Vorpommern anders.

In den **Kommunalparlamenten** hat die NPD mit dem Problem zu kämpfen, dass weltanschaulich motivierte Initiativen in der Kommunalpolitik kaum verfangen. Zwar gelingt es NPDlern mitunter, sich auf die kommunalpolitischen Belange einzulassen und sachliche Beiträge zu leisten, aber diese dürften dann kaum zum Vermitteln politischer Botschaften geeignet sein.

Viele Vertreter der NPD in Kommunalparlamenten zeichnen sich aber auch durch völlige Inaktivität aus.

Beide Beispiele – Arbeit anhand von Sachfragen ohne größeren politischen Gehalt und Inaktivität – zeigen, dass die NPD vor Ort wohl kaum aufgrund ihrer Kommunalpolitik gewählt wird, sondern aus „vorpolitischen“ Gründen – sei es, dass die Kandidaten in den Gemeinden verankert sind (z.B. Wahrnehmung als „gute Nachbarn“), sei es, dass die Wahlentscheidung aus einer allgemeinen rechten Orientierung heraus erfolgt, ohne dass man sich für das weitere Agieren der Gemeindevertreter interessiert.

Insofern ist der Einzug von NPDlern in kommunale Vertretungskörperschaften auch mehr als Phänomen denn als neue Bedrohung anzusehen – in den Kommunalparlamenten richten sie kaum neuen Schaden an; dass sie gewählt wurden, zeigt, dass der Schaden in der Gesellschaft schon längst geschehen ist.

Die **Kreisverbände** sind oft stark vom Engagement Einzelner abhängig. D.h. dass Kreisverbände mitunter nur pro forma existieren. Erfolgsmeldungen der NPD hinsichtlich ihrer flächendeckenden Ausbreitung sind daher auch zu hinterfragen. Umgekehrt hat das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern gezeigt, dass die NPD auch in Gegenden hervorragende Wahlergebnisse erzielen kann, wo sie kaum oder gar nicht über funktionierende Strukturen verfügt.

Aber auch Aktivisten sind in erster Linie mit Events wie Demonstrationen beschäftigt. Eine wesentliche Voraussetzung für die NPD-Erfolge sind ihre Aktivitäten im vorpolitischen oder subkulturellen Bereich, also: Angebote für Jugendliche, Lagerfeuer, Wanderungen, Vortragsveranstaltungen mit pseudohistorischen Bezügen usw. Dabei liegen auch solche subkulturellen Events oft nicht in der Hand der NPD. Konzerte oder Sportveranstaltungen (von Fußball bis „Germanischen Zehnkampf“) werden meist von Kameradschaften organisiert, denen auch NPD-Mitglieder angehören können, aber nicht müssen.

Die von der NPD-Bundesführung einst ausgegebene Vorgabe der „**Wortergreifungsstrategie**“ wird überall konsequent umgesetzt, wo ausreichend NPD-Kader zu finden sind. D.h. NPDler besuchen gezielt Veranstaltungen über Rechtsextremismus, um „mitzureden“. Das Auftreten kann einschüchternd sein – allerdings ohne einen formal korrekten Rahmen zu verletzen – oder auch anbiedernd, um einen harmlosen Eindruck zu geben und sich als verfolgte Unschuld darzustellen.

Neben Veranstaltungen über Rechtsextremismus können auch zeitgeschichtliche Veranstaltungen, die sich mit dem Nationalsozialismus befassen, betroffen sein. Politische Veranstaltungen zu anderen Sachthemen werden hingegen nie heimgesucht. Das lässt sich sicher auch mit der thematischen Beschränktheit der NPD-Kader erklären.

Die **Jungen Nationaldemokraten (JN)** bemühen sich stark um die Kameradschaftsszene und versuchen sich als Betätigungsfeld für Kameradschaftsführer zu etablieren. Idealtypisch ist das in Hoyerswerda gelungen, wo die dortige Kameradschaft sich praktisch in die JN-Ortsgruppe umgewandelt hat.

Die JN präsentieren sich als sozialrevolutionär und militant antikapitalistisch – und zwar sehr viel deutlicher als die Mutterpartei. Auch in Sachsen ist beispielsweise das Abkupfern ästhetischer Elemente der radikalen Linken auf Transparenten zu beobachten.

Der revolutionäre Duktus unterscheidet die JN durchaus von der Mutterpartei, und gerade dies macht die JN für die Kameradschaftsszene interessant. Der Übergang von den JN zur NPD ist also nicht immer fließend.

Die **Kameradschaftsszene** zeichnet sich durch ein ambivalentes Verhältnis zur NPD aus. So haben beispielsweise so genannte „Freien Kräfte“ mit der JN beim „Jugendthing“ in der Sächsischen Schweiz im Mai 2006 zusammengearbeitet. Allerdings ist auch eine Minderheit der Kameradschaften so dezidiert neonationalsozialistisch orientiert, dass eine Zusammenarbeit mit der „legalistischen“ NPD nicht in Frage kommt.

Insgesamt sind ca. 1.000 Personen in Kameradschaften organisiert.

Nicht zu vergessen ist die **rechtsextremistische Skinheadszene**, deren Angehörige nicht in Gruppen organisiert sind. Hier geht es auch noch mal um ca. 1.000 Personen in Sachsen. Bei rechten Skins liegt in der Regel auch die Kontrolle über die Konzert- und Ladenszene.

Die **Republikaner** sind mit ca. 30 Mitgliedern sachsenweit nahezu marginalisiert, allerdings sind sie im Chemnitzer Stadtrat vertreten. Außerhalb Chemnitz' hat die NPD ihr aber völlig den Rang abgelaufen. Viele Ex-Republikaner sind mittlerweile bei der NPD gelandet.

Die **DVU** soll in Sachsen über 200 Mitglieder verfügen, die aber nicht weiter auffallen. Das entspricht dem bundesweiten Charakter der von München aus ferngesteuerten Partei und der Unterstützung des „Deutschlandspaktes“ zwischen NPD und DVU.

In Dresden ist mit dem **Nationalen Bündnis** eine von der NPD dominierte rechte „Volksfront“ gebildet worden, die bereits vor der Landtagswahl bei der Kommunalwahl 2004 erfolgreich war. Das NB Dresden könnte Modellcharakter für die Bündnispolitik der NPD in größeren Kommunen haben!

Die vom abtrünnigen Ex-NPD-Abgeordneten Mirko Schmidt gegründete **Sächsische Volkspartei** bleibt bedeutungslos.

Die anderen Abweichler, Klaus Baier und später Jürgen Schön, sind in die **Deutsche Soziale Union (DSU)** eingetreten. Interessant ist, dass dieser Schritt zu heftigen innerparteilichen Debatten in der DSU geführt hat, weil einige DSU-Funktionäre ein gutes Verhältnis zur NPD pflegen und die „Verräter“ ablehnen.

II. Wie wird auf Rechtsextremisten reagiert?

Im Sächsischen **Landtag** hat bei vielen Abgeordneten erst die im Januar 2005 gehaltene Rede von Jürgen Gansel zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens, in der dieser vom „Bombenholocaust“ sprach, zu Empörung und der Einsicht geführt, dass die NPD keine „normale“ Partei ist.

Die aktuelle Praxis beim Umgang mit NPD-Initiativen ist, dass jeweils nur ein/e Vertreter/in der Koalitionsfraktionen und der Oppositionsfraktionen in der Plenardebatte auf die Initiative reagiert. Dem liegt die Überlegung zugrunde, dass die NPD-Beiträge nicht aufgewertet werden, aber auch nicht unwidersprochen bleiben sollen.

In den **Kommunalparlamenten** ist die Abgrenzung meistens weniger deutlich, was oft an den persönlichen Bekanntschaftsverhältnissen liegt aber auch dem „sachpolitischen“ Charakter der Themen geschuldet ist. Pauschale Ablehnungen von NPD-Initiativen sind nicht die Regel und – angesichts des Inhalts – vielleicht auch oft nicht sinnvoll. Der Umgang mit der NPD variiert allerdings: Es macht z.B. einen Unterschied, wie die Sitzungen geleitet werden. In diesem Zusammenhang ist hier wiederum die Inaktivität vieler NPD-KommunalparlamentarierInnen zu bedenken.

Die **zivilgesellschaftliche Reaktion** auf NPD-Veranstaltungen oder andere rechtsextremistische Events (Demos etc.) sowie auf rassistische Äußerungen im Alltag fällt häufig bescheiden auf. Dies ist häufig mit Ignoranz, wenn nicht gar mit Sympathie zu erklären. In Sachsen ist weiterhin eine mangelhafte Verankerung demokratischen Bewusstseins zu konstatieren.

Das führt auch zu Unsicherheiten bei Leuten, die nicht unbedingt mit der NPD sympathisieren: So wird geglaubt, dass Toleranz auch für Nazis zu gelten habe. Es wird nicht unterschieden, dass die NPD zwar demokratisch gewählt, aber keine demokratische Partei ist. Das „Nicht-Verboten-Sein“ der NPD wird mit Legitimität verwechselt. Leider sind diese Unsicherheiten auch in Behörden oder beispielsweise bei LehrerInnen weit verbreitet.

Der Einzug der NPD in den Landtag hat diese Legitimitätsfiktion tendenziell verstärkt.

Es fällt auf, dass die Reaktionen in den Kommunen oft stark von einzelnen Verantwortlichen, insbesondere von BürgermeisterInnen abhängen. Es bedeutet einen großen Unterschied, ob zivilgesellschaftliche Initiativen die Unterstützung eines Bürgermeisters erfahren oder nicht (Kontrastbeispiel Pirna und Wurzen).

Allerdings nimmt der zivilgesellschaftliche Widerstand gegen den Rechtsextremismus zu! Die größeren Städte nehmen hier sicher noch eine Vorreiterrolle ein (Leipzig: Blockade gegen Worch-Aufmarsch; Dresden: Gegenwehr gegen 13.-Februar-„Trauermarsch“ und Deutsche-Stimme-Fest usw.).

Defizite aufzuarbeiten hat auch die **Presse**, insbesondere die Lokalpresse. Gerade LokaljournalistInnen fehlen oft die Voraussetzungen für eine kritische Berichterstattung. Das kann dazu führen, dass eine frühere Ignoranz von Rechtsextremismus dahingehend umkippt, dass Rechtsextremisten in der Zeitung zu Wort kommen. Unkritische Berichte oder Interviews entstehen mit dem Anspruch, dass „der Leser sich mal ein Bild machen“ soll – allerdings versprechen solche Fehler auch das Potenzial zur Besserung. Kritische Reaktionen können dazu führen, dass die Presse ihre Haltung hinterfragt und sich auch der Rechtsextremisten in kritischer Weise anzunehmen beginnen. Das ist immer noch besser als Totschweigen!

Dass auch eine kritische, differenzierte Presse möglich ist, zeigt beispielsweise das Beispiel Sächsische Schweiz (SZ-Lokalredaktion Pirna).

III: Gegenstrategien?

Die auch im Rahmen des Bundesprogramms gegen Rechts geförderten Projekte haben viel bewegt. In Sachsen wurde das Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ ins Leben gerufen, das die Förderung dieser Projekte ergänzt (Voraussetzungen dafür waren sicher der „NPD-Schock“ und der Umstand, dass eine Koalition gebildet werden musste).

Wesentlich ist die Einsicht, dass die Erfolge der Rechtsextremisten maßgeblich auf Alltagsrassismus und dem Mangel an Demokratieentwicklung in Sachsen beruhen. Nötig sind daher langfristige Projekte, die demokratische Kultur fördern. Dort, wo diese sich entwickelt hat bzw. allmählich entwickelt, formiert sich auch zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen Rechts.

Große Potenziale liegen auch in der Demokratieentwicklung in Schulen bzw. in der Kinder- und Jugendarbeit.

Entscheidend ist es auch, dort wo rechte Jugendkultur zum Mainstream zu werden droht, alternative Angebote (von HipHop bis Multikulti) durchzusetzen.

Und bei Erwachsenen gilt: Aufklären! Aufklären! Aufklären! Der allgegenwärtigen Verharmlosung des Rechtsextremismus muss durch konsequentes Informieren über den inhumanen Gehalt rechtsextremen Denkens begegnet werden.

GRÜNE sollten sich vor Ort immer konsequent um Bündnisbildung bemühen. Mitunter kann man so auch PartnerInnen in CDU-Kreisverbänden finden. Dabei kann die Bündnisbildung auch „abgestuft“ werden: Die Partei kann gleichzeitig in einem sehr breiten Bündnis beispielsweise mit der CDU, der Handwerkskammer und den Kirchen sein und in einem engeren Bündnis, das sich auf besondere Aktionsformen einigt. So entsteht ein Spektrum von Aktivitäten mit unterschiedlich breiter Beteiligung: Das kann vom großen „bunten“ Straßenfest bis zur Naziaufmarsch-Blockade reichen – GRÜNE können das ganze Spektrum mitbedienen.